

**Gemeinde Ruswil**

**Legislaturprogramm 2020 - 2024**

**Vernehmlassungsbericht**

vom 24. März 2021

## AUSGANGSLAGE

Anfangs des Jahres 2018 traten im Kanton Luzern das revidierte Gemeindegesetz und das neue Finanzhaushaltsgesetz für Gemeinden in Kraft. Sie beinhalten unter anderem die Neustrukturierung der Führungsinstrumente der Gemeinden.

Die Gemeindestrategie und das Legislaturporgramm, zwei der Führungsinstrumente, sollen zukünftig zu Beginn einer Legislatur überarbeitet bzw. erstellt werden und für das zweite, dritte und vierte Jahr der laufenden sowie für das erste Jahr der darauffolgenden Legislaturperiode vorliegen.

Die Gemeindestrategie hat der Gemeinderat im Jahr 2019 erarbeitet und dem Stimmvolk zur Kenntnis vorgelegt. Bei Beginn der Legislatur 2020 – 2024 hat der Gemeinderat die Strategie überarbeitet. Basierend darauf hat er das anfangs Februar 2021 in die Vernehmlassung geschickte Legislaturprogramm 2020 – 2024 erarbeitet. Der Entwurf dieses Legislaturprogramms wurde den interessierten Kreisen zur Vernehmlassung zugestellt. Die gesamte Öffentlichkeit war zur Stellungnahme eingeladen. Während der Vernehmlassungsfrist, die bis am 15. März 2021 dauerte, sind insgesamt 11 Stellungnahmen eingegangen.

Der vorliegende Vernehmlassungsbericht fasst die eingegangenen Stellungnahmen anonymisiert zusammen und beantwortet sie.

## STELLUNGNAHMEN

Nachfolgende Auswertung basiert auf den eingereichten Stellungnahmen während der Vernehmlassung.

Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
<b>Aufgabenbereich Politik und Wirtschaft</b>			
1	Alle Ziele und Massnahmen	Die Wachstumsstrategie ist zu ungenau definiert. Es sollen Messgrössen ausgewiesen werden. Ziel: Qualitatives Wachstum vor quantitativem Wachstum.	Messgrössen im Legislaturprogramm sind aufgrund des Detaillierungsgrades nicht geeignet. Sie sind Teil des Aufgaben- und Finanzplans. Der Gemeinderat begrüsst das genannte Ziel. Er strebt ein qualitatives Wachstum an (siehe Gemeindestrategie).

Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
2	Massnahme 1.1 «Privatpersonen und Firmen ansiedeln»	Firmen ist durch Unternehmen zu ersetzen. Die Digitalisierung muss bei Berechnung und Bedarf an zeitgemässen Arbeitsplätzen und -gestaltung berücksichtigt werden. Eventuell eignet sich die Kombination mit Co-Working-Spaces.	Die Anpassung wird vorgenommen. Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.
3	Ziel 2 «Eine neue zukunftsgerichtete Gemeindeverwaltung wird realisiert.»	Die Realisierung einer zukunftsgerichteten Gemeindeverwaltung muss höchste Priorität erhalten. Die gegenwärtige Situation ist ein Armutszeugnis für unsere Gemeinde. Die Wahl des Standortes darf nicht in Abhängigkeit der Denkmalpflege sein.	Der Gemeinderat teilt die Ansicht und nimmt dies so zur Kenntnis.
4	Massnahme 2.1 «Neubau auf dem Landi-Areal im Dorfkern erstellen, welcher den zeitgemässen Anforderungen entspricht»	Eine neue Gemeindeverwaltung soll realisiert werden. Der Standort sollte aber evtl. nochmals überdenkt werden. Die Häuser Bären und Linde wären eine Variante.	Die Ruswiler Stimmbevölkerung hat im Herbst 2019 konsultativ über den Standort der neuen Gemeindeverwaltung abgestimmt. Dem Willen des Stimmvolks wird Rechnung getragen.
5	Massnahme 6.2 «Wohnen und Arbeiten am selben Ort ermöglichen»	Es wird angeregt, die Massnahme auf die Region auszuweiten: Wohnen und Arbeiten in derselben Region ermöglichen	Der Gemeinderat begrüsst den Vorschlag. Die Anpassung wird vorgenommen.
6	Massnahme 8.2 «Idee des «Wirtschafts-Kümmers» mit Gewerbeverein und der kant. Wirtschaftsförderung weiterspinnen»	Das Wort „weerspinnen“ wird für ein Legislaturprogramm als ungeeignet erachtet. Vorantreiben, voranbringen oder weiterentwickeln wird als geeigneter erachtet.	Der Gemeinderat begrüsst den Vorschlag und nimmt die Anpassung vor.

Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
7	Ziel 9 «Die Kommunikation der Gemeinde wird weiterentwickelt.»	Für die Kommunikation wird folgendes Ziel vorgeschlagen: Ruswil pflegt eine offene Kommunikationskultur und informiert transparent, umfassend und unter Miteinbezug der Bevölkerung und der Parteien.	<p>Der Gemeinderat teilt diese Ansicht und verfolgt gemäss Gemeindestrategie eine proaktive und transparente Kommunikation. Mittels der Massnahme 9.1 versucht der Gemeinderat neue Kommunikationsinstrumente zu finden, um die Bevölkerung noch umfassender informieren zu können.</p> <p>Der Gemeinderat erachtet die Anliegen der Stellungnahme daher als bereits aufgenommen bzw. eingeflossen.</p>
8	Investitionen und Beschaffungen durch die Gemeinde	Ziel der Gemeinde Ruswil muss es sein, bei Investitionen und Beschaffungen das einheimische Gewerbe zu berücksichtigen.	Der Gemeinderat berücksichtigt das einheimische Gewerbe bestmöglich. Bei grösseren Investitionen und Beschaffungen ist zudem jeweils das öffentliche Beschaffungswesen zu berücksichtigen.
<b>Aufgabenbereich Zentrale Dienste</b>			
9	Alle Ziele	Der Realisierung einer zukunftsorientierten Gemeindeverwaltung mit zeitgemässer Infrastruktur ist höchste Priorität zu geben.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.
10	Massnahme 12.2 «Möglichkeit zum mobilen Arbeiten prüfen»	Die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten sollte in dieser Legislaturperiode nicht nur geprüft, sondern auch bereits umgesetzt werden. Dies gehört zu einem modernen Arbeitsplatz, der gemäss Punkt 12.1 auch angestrebt wird. Das neue Gemeindehaus soll gemäss Punkt 2.1 bis Ende Legislaturprogramm umgesetzt werden. Damit wäre spätestens mit deren Erstellung die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten nötig und soll von Seiten Gemeinde auch gefördert werden. Dies muss bei der Planung der Gemeindeverwaltung mitberücksichtigt werden und reduziert	<p>Mobiles Arbeiten wird bei der Gemeindeverwaltung im Bereich der Steuern bereits umgesetzt. Weitere Möglichkeiten werden geprüft und sind auch abhängig von gesetzlichen Vorgaben. Die Massnahme 12.2 wird daher präzisiert.</p> <p>Dasselbe gilt für Desk-Sharing. Die Gemeindeverwaltung ist bemüht, Arbeitsplätze bestmöglich auszulasten.</p> <p>Die Auswirkungen der beiden Umsetzungen werden bei der Planung der neuen Gemeindeverwaltung mitberücksichtigt.</p>

Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
		die Anzahl nötiger Arbeitsplätze vor Ort (Implementierung von Desk-Sharing, Angebot von Home-Office etc.).	
11	Organisation Gemeindeverwaltung	Die Wahrnehmung des Profils Geschäftsführer vs. Gemeindeschreiber ist unklar. Vorschlag: Geschäftsführer als Ansprechperson wirksamer positionieren und bis in vier Jahren prüfen, ob die Bezeichnung noch nötig ist oder ob evtl. Gemeindeschreiber mit Sonderaufgaben genügend ist.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Trennung der strategischen und operativen Ebene wichtig ist und funktioniert. Der Gemeinderat wird damit vom operativen Geschäft gezielt entlastet. Nebst der Entlastung des Gemeinderates hat der Geschäftsführer auch die Aufgabe, die Gemeindeunternehmung operativ zu führen. Am Führungsmodell wird festgehalten und Optimierungen werden laufend vorgenommen. Das Modell bewährt sich.
<b>Aufgabenbereich Soziale Sicherheit</b>			
12	Ziel 13 «Eine ausgewogene Aufgaben- und Kostenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden wird erwirkt (ARF 18).»	Es wird angeregt, eine zusätzliche Massnahme 13.2 zu definieren und zwar „Ergänzungsleistungs-Pool (finanziert durch die Gemeinden) durch konsequentes Anmelden und Abholen von Hilflosenentschädigung (finanziert durch Bund) entlasten. Information Bevölkerung und Unterstützung bei Anmeldungen.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Die Beurteilung, ob Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung besteht, bedarf einer medizinischen Beurteilung. Diese Anmeldungen werden daher über den behandelnden Arzt bzw. das Pflegeheim und andere Gefässe (Dreh-scheibe 65+) angestossen.
<b>Aufgabenbereich Gesundheit</b>			
13	Massnahme 14.1 «Konzept erarbeiten (Information und Aktivitäten) und 15.3 «Voraussetzungen und Möglichkeiten eruieren»	In dieser Legislaturperiode sollte nicht nur das Konzept erarbeitet bzw. Möglichkeiten eruiert werden, sondern sogleich auch deren Umsetzung angestrebt werden. Dies steigert die Attraktivität der Gemeinde und hilft somit auch bei anderen strategischen Zielen.	Der Gemeinderat geht ebenfalls von einer steigenden Attraktivität der Gemeinde aufgrund solcher Massnahmen aus. Er ist auch bestrebt, geeignete Möglichkeiten zeitgerecht umzusetzen. Der Gemeinderat wird daher eine neue Massnahme 14.2 «Massnahmen zur gesamtheitlichen Gesundheitsförderung umsetzen» aufnehmen.

Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
			Das Ziel 15 «Die medizinische Versorgung vor Ort wird bedarfsgerecht gestärkt und erweitert.» ist umfassend und muss mit den Ärzten vor Ort und weiteren Leistungserbringern fundiert abgesprochen werden. Aus Sicht des Gemeinderats bedürfen diese Abklärungen inkl. der Eruiierung der Möglichkeiten viel Zeit, warum die Umsetzung in der Legislatur 2020 – 2024 nicht als realistisch betrachtet wird.
14	Ziel 15 «Die medizinische Versorgung vor Ort wird bedarfsgerecht gestärkt und erweitert.»	Das Ziel soll um den Willen seitens Gemeinde, Spezialisten (Augen-, Kinder- und Frauenarzt etc.) zu gewinnen, ergänzt werden.	Der Gemeinderat begrüsst den Vorschlag und ergänzt das Ziel mit der Massnahme 15.4 «Spezialärzte (Augen-, Kinder-, Frauenarzt etc.) für Ruswil gewinnen»
<b>Aufgabenbereich Soziales</b>			
15	Ziel 18 «Die Flexibilisierung der Kinderbetreuung wird vorangetrieben.»	Nebst der Bedürfnisabklärung und der Prüfung von Angeboten ist bereits die Umsetzung als Punkt im Legislaturprogramm aufzunehmen. Dies steigert die Attraktivität der Gemeinde und kann gerade bei gutverdienenden Haushalten ein Argument zugunsten von Ruswil als Wohngemeinde sein.	Der Gemeinderat begrüsst den Vorschlag. Die Anpassung wird vorgenommen.
16	Ziel 19 «Es wird eine Anlaufstelle für Integration geschaffen.»	Es sollen eine Strategie und Massnahmen erarbeitet werden, damit die Integration in den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Selbständigkeit bei Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen gefördert wird.	Das Flüchtlingswesen (inkl. vorläufig aufgenommene Personen) sind im Hoheitsgebiet des Kantons. Die Gemeinde hat auch zum Ziel, die Integration zu fördern und schafft darum mit der Anlaufstelle ein entsprechendes Instrument.

Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
17	Massnahme 21.2 «Rückmeldungen einholen und reflektieren in Zusammenarbeit mit dem Aufgabenbereich Bildung»	Die Massnahme soll abgeändert werden: Rückmeldungen einholen und reflektieren; Zusammenarbeit mit dem Aufgabenbereich Bildung pflegen	Der Gemeinderat nimmt die Anpassung vor.
18	Ziel 22 «Das Dienstleistungsangebot des Sozial-Beratungszentrums Region Entlebuch, Wolhusen und Ruswil (SoBZ) wird überprüft.»	Es soll klar definiert werden, dass gewisse Dienstleistungen und deren effiziente Führung geprüft werden.  Zudem soll geprüft werden, ob im gemeindeeigenen Betrieb (Altersheim, Werkdienst, Schuldienst) die Integration von Migranten, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslosen und «geschützte Arbeitsbereiche» bewusst aktiv möglich wären.	Der Gemeinderat begrüsst den Vorschlag. Die Konkretisierung wird in der Massnahme 22.1 vorgenommen.  Die Abteilung Soziales ist stetig daran, die Sozialhilfeempfänger mit geeigneten Massnahmen in den Arbeitsmarkt (auch in gemeindeeigene Betriebe) zu integrieren. Auf die Aufnahme ins Legislaturprogramm wird daher verzichtet.
<b>Aufgabenbereich Bau und Umwelt</b>			
19	Ziel 26 «Der Dorfkern wird als Begegnungsort wahrgenommen.»	Der Dorfkern ist zu definieren (oberer, mittlerer und unterer Dorfkern). Zudem soll geprüft werden, ob das Ziel auch auf andere Plätze ausgedehnt werden kann (z.B. Rüediswil).	Der Gemeinderat erachtet es als wichtig, dass der gesamte Dorfkern als Begegnungsort wahrgenommen wird. Er darf nicht nur auf einzelne Plätze reduziert werden.
20	Ziel 27 «Der Hochwasserschutz wird verbessert.»	Der Hochwasserschutz des Bielbachs im Werthensteiner Unterdorf soll verbessert werden.	Der Gemeinderat nimmt die Anregung zur Kenntnis und leitet sie dem Kanton weiter.
21	Ziel 30 «Die guten Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft werden erhalten.»	Es soll eine zusätzliche Massnahme aufgenommen werden, wonach die Vorhaben der Landwirte (und anderem Gewerbe) wenn nötig auch personell beim Kanton zu unterstützen sind.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
22	Massnahme 31.2 «erneuerbare Energien bei den gemeindeeigenen Infrastrukturen berücksichtigen»	Private Initiativen sollen, wenn möglich, ebenfalls unterstützt werden. Die Massnahme ist entsprechend anzupassen.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Kantonale und nationale Förderprogramme bestehen.
<b>Aufgabenbereich Infrastruktur</b>			
23	Ziel 33 «Die Abfallentsorgung wird optimiert.»	Das Ziel ist auf die Kadaversammelstelle auszuweiten (evtl. mit moderner Öffnungstechnik auch Sonntags).	Die regionale Tierkörpersammelstelle ist Teil der Abfallentsorgung, jedoch sind weitere Gemeinden ausgeschlossen. Das Anliegen zur Öffnungstechnik wird aufgrund des zu hohen Detaillierungsgrads nicht im Legislativprogramm aufgenommen.
24	Massnahme 33.1 «bestehendes Konzept überprüfen in Zusammenarbeit mit der Umweltkommission und Angebot entsprechend anpassen (verursachergerecht)»	Es fehlt noch das Bekenntnis, dass Ruswil auch eine Grünabfuhr braucht. Nicht alle haben die Gelegenheit, ihren Hausgrünabfall vor Ort zu kompostieren. So viele fahren mit kleinen Mengen Kompostgut in die Grünabfuhrstelle bei der ARA. Das ist unsinnig. Eine Einsammlung in den Quartieren 1 x pro Woche wäre daher dienlich.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Das Anliegen fliesst in die bestehende Massnahme 33.1 ein.
25	Massnahme 34.1 «Planung starten (in Abstimmung mit dem Feuerwehrmagazin) und 41.2 «Planung Neubau Feuerwehrmagazin starten (in Abstimmung mit dem Werkhof)»	Gemäss AFP sind die Ausgaben für ein neues Werkhof- und Feuerwehrgebäude in den Jahren 2024 und 2025 geplant. Daher wird es für diese Legislaturperiode nicht reichen, nur mit der Planung des Vorhabens zu starten. Die Planung müsste rasch vorangetrieben und dem Stimmvolk vorgelegt werden können, damit der gesetzte Zeitplan eingehalten werden kann. Es sollten demnächst erste Ideen bereits der Bevölkerung präsentiert werden, damit das Interesse geweckt wird, sich die Bevölkerung	Aufgrund der Inbetriebnahme des Sammelhofes im Grindel wird sich das Entsorgungsverhalten und die damit zusammenhängenden Mengen verändern. Der Gemeinderat will die Veränderungen beobachten und anschliessend einen zweckorientierten und auf die aktuellen Bedürfnisse ausgerichteten Werkhof realisieren. Der Bau ist daher nicht zu forcieren. Der AFP stellt eine rollende Planung dar. Der Gemeinderat wird im Rahmen des Budgetprozesses 2022 die zeitliche Einreihung der Projekte überprüfen.



Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
		abgeholt fühlt und die Meinungsbildung forciert werden kann.	
26	Ziel 35 «Die Mehrzweckhalle inkl. Gemeindegemeinschaftsaal wird saniert und erweitert.»	Das Projekt MZH soll allenfalls in einem anderen öffentlichen Gebäude umgesetzt werden. Evtl. besteht die Möglichkeit einer Kombination von Gemeindegemeinschaftsaal und Gemeindehaus. Es muss geprüft werden, ob eine MZH nicht auch günstiger realisiert werden kann.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Der Prozess bezüglich Möglichkeiten wurde in Zusammenarbeit mit verschiedenen Interessenvertretern und den politischen Parteien gestartet.
27	Massnahme 36.1 «Massnahmen für erhöhte Auslastung der Sanitätshilfestelle ergreifen (Lager- und Militärbetrieb)»	Es wird angeregt, klar zu deklarieren, dass es sich um Sport- und Freizeitlager handelt.	Der Gemeinderat nimmt die Anpassung vor.
28	Ziel 39 «Der Ortsteil Werthenstein wird «aufgewertet.»»	Es sollte von stärken und nicht aufwerten gesprochen werden.	Der Gemeinderat nimmt die Anpassung vor.
29	Ziel 39 «Der Ortsteil Werthenstein wird «aufgewertet.»»	Es löst Freude aus, dass der Ortsteil Werthenstein aufgewertet werden soll...	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.
30	Wohnen	Es fehlt im Aufgabenbereich Infrastruktur eine Rubrik „Wohnen“. In Ruswil muss aufgepasst werden, dass im Bereich Wohnen für die Mieter und Mieterinnen, die auch hier die Mehrheit bilden, genügend günstige Wohnungen bestehen. Der Austausch der Gemeinde mit den Wohnbaugenossenschaften, um ihre Bedürfnisse zu hören, gehört ins Legislaturprogramm.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis und pflegt mit den Wohnbaugenossenschaften den Kontakt.

Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
<b>Aufgabenbereich Öffentliche Sicherheit</b>			
31	Massnahme 40.1 «Polizei-posten Ruswil erhalten»	Der Erhalt des Polizeipostens kann in Berücksichtigung der gesamten Umstände nicht Priorität haben. Der Erhalt des Polizeipostens macht nur Sinn, wenn dieser auch entsprechende Öffnungszeiten hat.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.
32	Massnahme 40.3 «Organisation des Gemeindeführungstages aktuell halten»	Die Mitglieder des Gemeindeführungstages sollten im Internet einfach auffindbar sein.	Der Chef Bevölkerungsschutz ist für die Bevölkerung von grosser Wichtigkeit und Ansprechperson. Dieser ist einfach auf der Gemeindeführungswebseite zu finden.
<b>Aufgabenbereich Verkehr und Strassen</b>			
33	Ziel 46 «Attraktivität des Angebots des öffentlichen Verkehrs wird erhalten.»	Der Bahnhof inkl. Bahnanschluss Werthenstein soll erhalten bleiben. Es sollen gemeindeeigene Parkplätze für Pendler in der Nähe des Bahnhofs zur Verfügung gestellt werden.	Der Gemeinderat beabsichtigt mit der Massnahme 46.1 «für optimale Anschlüsse an die Zentren entstehen», den öV-Anschluss im Allgemeinen zu erhalten und zu verbessern. Der Bahnanschluss Werthenstein ist inkludiert. Es wird daher keine zusätzliche Massnahme aufgenommen. Der Gemeinderat wird die Situation rund um den Bahnhof Werthenstein nochmals prüfen und die Parkplatzsituation mit der Ortsgemeinschaft besprechen.
34	Massnahme 46.3 «Park & Ride-Situation prüfen»	Die Massnahme ist abzuändern auf „Park & Ride im Dorfkern realisieren“ und Ladestationen für Autos einrichten. Zudem soll eine weitere Massnahme einfließen, nach welcher Bike-Ladestationen zu realisieren sind.	Die Massnahme 46.3 beinhaltet die Prüfung einer Park & Ride-Möglichkeit im Dorfkern. Von einer Realisation kann gesprochen werden, falls die Prüfung positiv ausfällt. Die Realisation erfolgt durch Private. Die Prüfung der Einrichtung von E-Ladestationen für Autos und Velos wird als separate Massnahme aufgenommen.

Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
35	Ziel 47 «Die Siedlung und der Verkehr werden aufeinander abgestimmt.»	Es ist zu prüfen, ob die Umfahrung im Konflikt mit dem Naherholungsgebiet steht.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.
36	Massnahme 47.2 «Aufnahme der Verkehrslösung Knotenpunkt Rüediswil in das kant. Mehrjahresprogramm verlangen»	Bei der Überprüfung der Verkehrssituation Rüediswil muss auch die Etzenerlenstrasse und nicht nur die Leinstrasse miteingeschlossen werden. Durch die Überbauung Heimat und Schwerzi entsteht auch auf dieser Strasse zusätzliches Verkehrsaufkommen, das ebenfalls berücksichtigt werden muss.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Der Detaillierungsgrad der Massnahmen ist jedoch zu hoch und daher für ein Legislaturprogramm nicht geeignet.

#### Aufgabenbereich Finanzen und Steuern

37	Alle Ziele und Massnahmen	Die Ziele und Massnahmen sind zu wenig konkret. Sie sollen zielorientiert und verbindlich definiert werden: 1. Steuersubstrat und Steuerkraft durch qualitatives Wachstum der Bevölkerung stärken 2. Verschuldung beurteilen, Investitionsbudget durch Kontrolle und Massnahmen einhalten 3. Eine klare Strategie zum nachhaltigen Umgang mit der Verschuldung infolge der hohen Investitionskosten definieren 4. Begrenzung der Verschuldung	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Die in der Stellungnahme eingebrachten Vorschläge sind bereits Teil der Massnahmen im Legislaturprogramm. Es werden Anpassungen vorgenommen.
38	Massnahme 49.2 «Externe Einflüsse (bspw. Coronakrise und kant. Finanzpolitik) beobachten und ggf. Massnahmen ableiten»	Dafür braucht es eine längerfristige Finanzstrategie.	Der Gemeinderat überprüft jeweils im Rahmen des Budgetprozesses seine Finanzstrategie. Die Erarbeitung einer längerfristigen Finanzstrategie ist im Legislaturprogramm aufgenommen worden.

Nr.	Thema	Stellungnahme	Antwort des Gemeinderates
<b>Aufgabenbereich Bildung</b>			
39	Ziel 53 «Die gesamtheitliche Schulraumplanung wird vorangetrieben.»	Es soll eine zusätzliche Massnahme aufgenommen werden, wonach Aussenschulhäuser bzw. die dezentrale Schulinfrastruktur möglichst in Betrieb gehalten wird.	Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Die Aussenschulhäuser sind Bestandteil der gesamtheitlichen Schulraumplanung.
40	Massnahme 54.1 «Eltern mit Kindern gezielt auf das Angebot hinweisen»	Es wird angeregt, die Massnahme für die vorschulpflichtigen Kinder zu konkretisieren.	Der Gemeinderat wird die Konkretisierung vornehmen.
41	Ziel 56 «Ein Haus der Musik wird geprüft.»	Die Zusammenarbeit mit weiteren regionalen Musikschulen soll geprüft werden (aufgrund kant. Vorgaben). Es ist eine zusätzliche Massnahme aufzunehmen.	Der Gemeinderat begrüsst die Haltung und verfolgt dieses Anliegen mit der Massnahme 3.2.
42	Berufsbildung	Die Berufsbildung muss gefördert und unterstützt werden. Die vielseitigen Ausbildungsplätze in Ruswil müssen erhalten bzw. ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit und der Austausch der Gewerbebetriebe mit den Schulen ist zwingend notwendig und zu berücksichtigen.	Der Gemeinderat teilt die Ansicht. Es wird entsprechend eine zusätzliche Massnahme 52.4 im Legislaturprogramm vorgenommen.
43	Schulwegsicherheit	Die Schulwegsicherung beim Buechwäldli Höchweid Werthenstein sowie beim Schulhaus Richtung Sigigen und Richtung Kreuzung soll überprüft werden. Die Sicherheit bei der Kreuzung Werthenstein ist zu optimieren.	Der Gemeinderat nimmt die Anregung zur Kenntnis und leitet das Anliegen an die zuständigen Stellen weiter. Der Detaillierungsgrad der Massnahmen ist jedoch zu hoch und daher für ein Legislaturprogramm nicht geeignet.